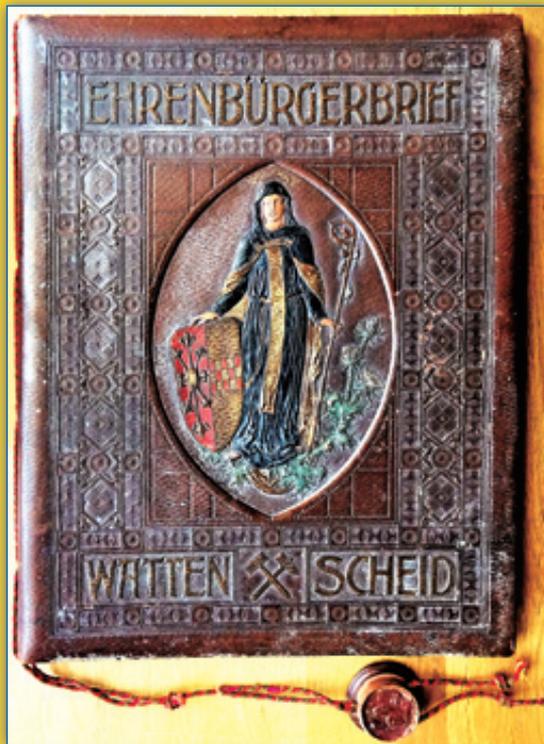




Der Wattenscheider

Vereinszeitschrift des Heimat- und Bürgervereins Wattenscheid e. V.
47. Jahrgang · Heft 1 · Juni 2022



Mitgliedernachrichten	3
Sylvia Sommerfeld verstorben	4
Einladung zur Jahreshauptversammlung (JHV)	5
Ehrenbürger Viëtor	6
Kriegshochzeit	10
Ergänzung: Kirchliche Hochzeit am 1. Februar 1945	12
Stolpersteine für Familie Remus	13
Das „Zigeunerlager“ in Eppendorf	22
Falscher Weg für Wattenscheid	24
Der „Bebel-Platz“ – historisch betrachtet	27
Kanalsanierung der Graf-Adolf-Straße	28
Boxkampf für Wattenscheid: Beuys unterstützt die „Aktion Bürgerwille“	30
Ankündigungen	38
Beitrittserklärung / Einzugsermächtigung	39
HBV-Markt.....	40

Impressum:

Herausgeber: Heimat-und Bürgerverein Wattenscheid e. V.
An der Papenburg 30 a · 44866 Wattenscheid Telefon / Telefax 02327 321720
Internet: www.wattenscheider-hbv.de · Email: info@wattenscheider-hbv.de

Redaktion: Andreas Halver · Berthold Jablonski · Rudolf Wantoch

Textbeiträge von: Andreas Halver · Norbert Herden · Heinz-Werner Kessler · Berthold Jablonski
· Nicole Kaczmarek · Ulrike Siesenop-Jablonski · Rudolf Wantoch

Fotos und Abbildungen: Andreas Halver · Berthold Jablonski · Heinz-Werner Kessler · Tino Lübeck
· Klaus Sommerfeld · Rudolf Wantoch (auch Titelfoto) · Alfred Winter · Stadt Bochum
· Stadtarchiv Bochum

Satz, Gestaltung, Gesamtfertigung: Ritter-Druck GmbH · Wattenscheid · Tel. 02327 98460
info@ritter-druck.de

Mitgliedernachrichten

Die neuen Datenschutzbestimmungen erlauben es, nach Auskunft des Westfälischen Heimatbundes doch, die Namen der verstorbenen Mitglieder zu nennen. Für die Geburtstagskinder gilt weiterhin, dass die Namen nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Jubilare genannt werden dürfen. Wer dies möchte, kann sich an den Vorstand des HBV wenden.

Der Vorstand gratuliert allen Mitgliedern, die in den Monaten Januar bis Juni Geburtstag hatten, ganz herzlich und wünscht Ihnen alles Gute, viel Gesundheit und Gottes Segen.

Alle neuen Mitglieder heißt der Vorstand herzlich willkommen.

* * *

Verstorbene Mitglieder

Sylvia Sommerfeld · Josef Meyer
Hans Henneke · Ruth Spieker

Sylvia Sommerfeld verstorben

Ende Dezember 2021 verstarb im Alter von nur 64 Jahren Sylvia Sommerfeld. Über Jahrzehnte arbeitete sie als Bibliothekarin in der Stadtbücherei in Wattenscheid. Nach der Ausbildung war sie zunächst in Riemke, dann beim Büchereibus eingesetzt, bevor sie zur Stadtbücherei in die Voedestraße wechselte. Sie beschränkte sich aber nicht nur auf die klassischen Aufgaben einer Bibliothekarin. Schon früh engagierte sie sich in der Seniorenarbeit und veranstaltete Lesungen im Altenheim. Kunst- und musikinteressiert organisierte sie nach dem Umzug der Stadtbücherei in das Gertrudis-Center Ausstellungen und Veranstaltungen in den neuen Räumen.

Ihr Faible für die elektronische Musik bewegte sie nicht nur privat, sondern auch im Verein „Schallwende“, dessen langjährige Vorsitzende sie war, unterstützt von ihrem Mann Klaus. Nach ihrer Pensionierung wollte sie mit ihm noch viele schöne Reisen unternehmen und die Zeit genießen. Leider ist dies nun nicht mehr möglich.

Im Herzen war sie Wattenscheiderin, aber auch gleichzeitig Fan des VfL Bochum und von Borussia



Sylvia Sommerfeld; Bild: Klaus Sommerfeld

Dortmund. Selbstverständlich war für sie die Mitgliedschaft im Heimat- und Bürgerverein. Vielen werden ihre Weltoffenheit, ihre vielseitigen Interessen und auch ihr Markenzeichen, die gediegene farbenfrohe Kleidung, in Erinnerung bleiben.

Andreas Halwer

Einladung zur Jahreshauptversammlung (JHV)

Liebe Heimatfreunde und -freundinnen,

gemäß § 8 der HBV-Satzung laden wir Sie hiermit zur Jahreshauptversammlung ein.

Die Versammlung findet statt am **Dienstag, 7. Juni 2022**
um 17.00 Uhr im Gemeindefaal
Auf der Kirchenburg 2

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Beschluss über die Tagesordnung
4. Totenehrung
5. Verlesung und Genehmigung der Niederschrift der letzten Jahreshauptversammlung
6. Jubilarehrungen
7. Geschäftsbericht des Vorstandes
8. Überblick Kassenlage
9. Bericht der Kassenprüfer
10. Aussprache zu den Berichten
11. Entlastung des Vorstandes
12. Antrag auf Erhöhung des Mitgliedsbeitrags von 15,00 Euro auf 18,00 Euro
13. Verschiedenes

Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele Heimatfreundinnen und Heimatfreunde zu dieser wichtigen Veranstaltung kommen könnten.

Mit freundlichen Grüßen



Susanne Liebert

Ehrenbürger Viëtor

Im vergangenen Jahr bekam der Heimatverein Kontakt mit einer Nachfahrin des Ehrenbürgers der Stadt Wattenscheid – Carl Viëtor. Sie wollte sich von Dingen aus der familiären Vergangenheit trennen und gab deshalb dem Heimatverein verschiedene Dokumente. Der Ehrenbürgerbrief von 1910 ist dabei sicherlich nicht nur optisch gelungen, er stellt ein Stück Stadtgeschichte dar.

Carl Viëtor war nach Theodor Cöls der zweite Ehrenbürger der Stadt Wattenscheid. Er wurde am 13. Juli 1848 in Marienberg im Oberwesterwaldkreis als Sohn des dortigen Bergrats geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Dillingen und dem „Einjährigen“ Abschluss erlernte er den Beruf des Kaufmanns. Es folgten Militärdienst und Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Im November 1872 verschlug es ihn nach Wattenscheid, wo er auf der Zeche Centrum zunächst als Buchhalter beschäftigt war. Bereits 1878 wurde er deren kaufmännischer Bürochef und 1884 schließlich ihr leitender Direktor. 1882 wurde er in den Stadtrat gewählt und 1887 ehrenamtlicher Beigeordneter der Stadt Wattenscheid. Er engagierte



Carl Viëtor; Bild: HBV, Repro: Rudolf Wantoch

sich darüber hinaus im Presbyterium der evangelischen Gemeinde und deren Gliederungen. Auch im Stadtkriegerverband war er aktiv. Carl Viëtor gehörte der National-liberalen Partei an.

Auch für die Stadtentwicklung setzte er sich ein. Er befürwortete den Erhalt des städtischen Progymnasiums, das aus finanziellen Gründen 1883 geschlossen werden sollte. Bei der Diskussion um den Bauplatz für das Rathaus

warb er vehement für den Bau an der späteren Hochstraße in Höhe der damaligen Post, während die Mehrheit sich für den Bau am Rande der Altstadt entschied. Auch für den Bau einer Straßenbahn von Schalke nach Wattenscheid machte er sich bereits 1885 stark.

In die Zeit seiner Tätigkeit als Beigeordneter fielen ebenso der Bau des Stadtgartens 1899 und die Gründung der Freiwilligen Feuerwehr Heide sowie der anschließende Bau der dortigen Feuerwache 1903.

1910 wurde Carl Viëtor die Ehrenbürgerwürde verliehen. Die

Feier fand im Gasthof Dieckmann statt und war gleichzeitig die Abschiedsfeier, da Carl Viëtor in den Ruhestand trat, den er in Wiesbaden verlebte. Zu dieser Feier standen auf der Menükarte folgende Leckereien: Mock-Turtle-Suppe in Tassen, Filet von Zander auf englische Art, Kalbsrücken mit jungen Gemüsen, Rehschlegel, Compot, Salat, Eis, Butter und Käse. *

Am 12. Juli 1919 verstarb Carl Viëtor in Wiesbaden. In der Wattenscheider Zeitung finden sich Todesanzeigen der Familie, des Aufsichtsrats und Vorstandes der Rheinischen Stahlwerke, der Verwaltung und Beamten der Zeche



Ehrenbürgerbrief von innen;
Bild: HBV, Repro: Rudolf Wantoch



Ehrenbürgerbrief von außen;
Bild: HBV, Repro: Rudolf Wantoch

Centrum sowie des Stadtkriegerverbandes. Auch die Stadt Wattenscheid schaltete eine Traueranzeige mit einem ausführlichen Nachruf. Im redaktionellen Nachruf der Wattenscheider Zeitung findet sich folgender Abschnitt: „Es wird dem Heimgegangenen ein großer Schmerz gewesen sein, als Großindustrieller den Zusammenbruch all seiner Bestrebungen und als Soldat den Rückzug unserer siegreichen Heere aus Feindesland und den Diktatfrieden der Feinde miterleben zu müssen.

So starb er in großen körperlichen und seelischen Schmerzen in der von den Franzosen besetzten Stadt Wiesbaden. Dort fand gestern im engsten Kreise der Familie, die wegen der feindlichen Verkehrssperre leider nicht einmal vollzählig zugegen sein konnte, die Einäscherung statt.“

Aus einer vollkommen anderen Sicht formulierte der sozialdemokratische „Volkswille“: „Wattenscheid. Kommerzienrat Viëtor †. In Wiesbaden ist der frühere Direktor der Zentrumschächte, Kom-



Wohnhaus von Carl Viëtor; Bild: HBV, Repro: Rudolf Wantoch

merzienrat Viëtor, gestorben. Nachdem er in der Industrie genügend Reichtümer angesammelt und auch einem Schwiegersohn eine gute Zukunft gesichert hatte, zog er nach Wiesbaden, in die Stadt der Millionäre, die, von Heimatliebe nicht zu sehr ergriffen, dort den Rest ihres Lebens häufig noch in beneidenswerter Rüstigkeit in herrlicher Naturschönheit und Lebenskultur, bei niedriger Steuerzahlung, verbringen. Viëtor lebte noch 8 Jahre in Wiesbaden. Er war in Wattenscheid eine mächtige Person, die Stadtverwaltung tanzte nach seiner Pfeife, er war zwar unbesoldeter Beigeordneter, doch beherrschte er den Bürgermeister. Als nationalliberaler Parteiführer beherrschte er auch mit seiner Kolonne das Stadtverordnetenkollegium. Die „Wattensch. Zeitung“ stand ganz unter seinem Einfluss. Das öffentliche Leben in der Stadt war durch seine zaristische Politik geradezu vergiftet. Er fühlte sich als König von Wattenscheid und war aller absolutistischen Neigungen voll. Nun hat er mit Wilhelm II und 21 Leidensgenossen erleben müssen, daß aller Glanz vergänglich ist und Recht und Freiheit immer wieder siegen. Die Bergarbeiter wissen manches Stückchen aus seiner Herrscherzeit zu erzählen. Manchen hat er wegen sozialdemokratischer oder

gewerkschaftlicher Betätigung brotlos gemacht. Sei ihm alles verziehen, nachdem er in seinen alten Tagen den schmähhlichen Zusammenbruch seiner schändlichen Herrschaft hat erleben müssen. Für die Arbeiterschaft ist das Genugtuung.“

Seinen Schwiegersohn Heinrich Althoff hatte Carl Viëtor schon früh als seinen Nachfolger aufgebaut. Im Jahre 1900 übernahm er die technische Leitung der Zeche Centrum. Nach dem Ausscheiden von Carl Viëtor trat er dessen Nachfolge als Direktor der Zeche an. Im Februar 1919 wurde er bei einer Kontrolle durch den Arbeiter- und Soldatenrat angeschossen und starb wenige Tage später an den Folgen.

Eine weitere Spur hat die Familie Viëtor in Wattenscheid hinterlassen: Der 1892 in Wattenscheid geborene Sohn Carl Viëtors, Karl Heinrich Wilhelm, wurde ein bekannter Literaturwissenschaftler. Weil er mit einer Jüdin verheiratet war, musste er Deutschland 1937 verlassen. Anschließend lehrte Karl Viëtor an der Harvard University und verstarb 1951 in Boston. 1958 überlegte man, das neue Domizil der Volkshochschule und der Stadtbücherei in seiner Geburtsstadt nach ihm zu benennen, gab dann aber doch dem Freiherrn von Stein den Vorzug.

Allerdings trug der Vortragssaal des neuen Volksbildungshauses fortan den Namen Carl Viëtors.

Apropos Name: Carl Viëtör wurde als Carl Vietor geboren. Dieser Name scheint ihm jedoch zu gewöhnlich gewesen zu sein. Er legte sich also die zwei Punkte auf dem „e“ zu. Dies führte zu Konflikten mit dem Wattenscheider Bürgermeister Pokorny, der ihn weiter Vietor nannte. Erst 1909 wurde der Name formal in Viëtör geändert. Der Regierungspräsident in Arnberg genehmigte mit

Verfügung vom 2. Februar 1909 die Umbenennung für Carl Viëtör und seine Kinder und legalisierte damit die schon lange gebräuchliche Praxis. Andreas Halwer

* Zwischen der Ernennung und der Abschiedsfeier am 25. Februar 1910 und der Überreichung des Ehrenbürgerbriefes am 1. Juni 1910 in Wiesbaden durch Bürgermeister Wibberding liegen gute drei Monate. Natürlich bedurfte es eine gewisse Zeit das kleine Kunstwerk zu erstellen. (siehe Abbildung)

Der Ehrenbürgerbrief wird im Heimatmuseum Hilfs Hof der Öffentlichkeit zur Ansicht ausgestellt.

Kriegshochzeit

Im Nachlass meiner Mutter fand ich einen Ortsbrief, frankiert mit einer 3-Rpf-Marke aus dem Jahre 1943 und der Inhalt des Briefes war auch noch vorhanden. Auf einer Karte teilte ihr eine Bekannte mit, dass sie nun mit dem Gefreiten vermählt sei. ^(*)

Ich weiss, dass sich meine Mutter damals sehr empört hatte. „Noch nicht einmal zur eigenen Hochzeit bekommen die Soldaten Urlaub“, denn sie hoffte darauf, dass mein Vater auch endlich seinen Heimaturlaub bekam. Es handelte sich hier also um eine Kriegshochzeit, die ihr mitgeteilt wurde.

Wie fanden solche Hochzeiten statt?

Der Bräutigam musste vor dem oberkommandierenden Offizier seiner Einheit eine Willensbekundung und einen Nachweis seiner arischen Abstammung abgeben und diese wurde dann zu dem zuständigen Standesamt geschickt. Die Braut musste ebenfalls einen arischen Nachweis erbringen. Waren alle Dokumente beisammen, konnte die Trauung unverzüglich stattfinden ohne Aufgebotszeit. Die Braut musste mit zwei Trauzeugen, meist waren es die Mütter des Brautpaares, vor dem



Ein Ortsbrief aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges; Bild: Rudolf Wantoch

Standesbeamten erscheinen. Die drei Personen nahmen am Tisch gegenüber dem Standesbeamten Platz. Es waren jedoch vier Stühle vorhanden. Auf dem Stuhl neben der Braut, der für den Bräutigam vorgesehen war, lag ein Stahlhelm, oft noch ein Blumenstrauß dazu. Im Volksmund wurde eine solche Trauung als „Stahlhelm-Hochzeit“ bezeichnet. War die Zeremonie beendet, wurde der Braut noch ein Geschenk in Form eines Bildes mit dem Führer oder das Buch „Mein Kampf“ überreicht. Solch eine Art von Trauung nutzten viele Frauen, damit das zu erwartende Kind nicht unehelich geboren wurde. Im Jahre 1943 fanden in Wattenscheid

insgesamt 461 Trauungen statt, wie viele davon Kriegstrauungen waren, ist nicht bekannt. ^{(*)2}

Wie standen die Kirchen zu dieser Art von Trauungen?

Nun, die katholische Gemeinde Wattenscheid, an ihrer Spitze Propst Hellmich, erkannte diese Art von Trauungen nicht an. Schon am 22. Dezember 1939 wurde er von der Gestapo verhaftet, nach Bochum gebracht, verhört und erst am 27. Dezember 1939 wieder auf freien Fuß gesetzt ^{(*)3}. Wie sich die evangelischen Geistlichen dazu verhielten, ist im Einzelnen nicht überliefert. Die Gemeinde war gespalten, in die Bekennende Kirche und die Deutschen Christen.

Die Bekennende Kirche, an ihrer Spitze der Wattenscheider Pastor Heuser und der Höntroper Pastor Viertmann. Die Deutschen Christen wurden von dem Günnigfelder Pastor Koch beeinflusst, die dem NS-Staat nicht entgegenstanden. Sie waren der Staatsführung zugehörig. Die Bekennenden Christen hatten Schwierigkeiten mit diesen Machthabern und so wurde Pfarrer Viertmann zur Wehrmacht eingezogen, wo er bei einem Fronteinsatz ums Leben kam. Damit war für die NS der unbequeme Pastor beseitigt ^(*4).

Ein kleiner Ortsbrief mit viel Geschichte

Dass so eine unrühmliche Geschichte hinter so einen kleinen Brief mit einer Vermählungsanzeige stecken kann, können die nachfolgenden Generationen heute kaum noch erkennen.

Rudolf Wantoch

Anmerkungen:

*1 Namen und Wohnung wurden entfernt.

*2 Verwaltungsbericht der Stadt Wattenscheid 1939 - 1945

*3 Eduard Schulte: Kirchengeschichte Wattenscheid 1821 - 1945. Seite 144

*4 Festschrift: 400 Jahre Evangelische Kirche in Wattenscheid. Seite 18ff

Ergänzung zum Bericht von Rudolf Wantoch

Kirchliche Hochzeit am 1. Februar 1945

Geplant war eine Hochzeitsfeier in der Kapelle Höntrop mit Pfarrer Eickhoff. Daraus wurde jedoch leider nichts: Fliegeralarm. Die kleine Hochzeitgesellschaft saß fest. Doch Unerwartetes geschah. Pfarrer Eickhoff kam mit wehendem Talar die Barresmauer entlang gelaufen und nahm erschrocken den Weg zur ehemaligen Bernhardstraße in Eppendorf auf sich, um die kirchliche Trauung meiner Eltern Magdalene und

Gerhard Siesenop zu vollziehen. Die Freude und Dankbarkeit über diese mutvolle und glaubensvolle Bereitschaft, seinen Dienst zu versehen, blieb weiterhin in jedem Jahr eine jährliche Erzählung an diesem Tag wert.

So wurde aus einer evangelischen Nothochzeit eine Familie mit zwei Töchtern, die ebenfalls diesen tollen Pfarrer noch in seinem Amt in Höntrop erleben konnten.

Ulrike Siesenop-Jablonski

Stolpersteine für Familie Remus

Bis heute hält sich derart hartnäckig das Gerücht, sogenannte Asoziale wären an ihrem Unglück selbst schuld. Sie seien alle Verbrecher. Diese könnten sich nicht anpassen. Sogar, dass sie ins KZ deportiert wurden, sei völlig legitim gewesen. Mit solchen Menschen gibt man sich nicht ab! Dieses Thema ist aktueller denn je, leider.

Die „asoziale“ Familie Remus, Angehörige einer verkannten Opfergruppe

Als ich 2019 mit meinen Recherchen begann, war mir nicht bewusst, in welche Abgründe ich schauen würde und wozu Menschen überhaupt fähig sind. Über die Asozialen wird bis heute nicht angemessen gesprochen. Erst am 13. Februar 2020 wurden sie im



Stolpersteine der Familie Remus mit Blumen; Bild: Andreas Halwer

Deutschen Bundestag offiziell als Opfergruppe im Nationalsozialismus anerkannt.

Am 14. Dezember 2021, in der Hüller Straße 43f in Wattenscheid, verlegte Gunter Demnig fünf Stolpersteine für meine Familie Remus. Für die Eltern meiner Oma Ruth und drei ihrer Geschwister. Ich konnte endlich die Wahrheit aussprechen, so schrecklich diese Leidensgeschichte ist, wie ungerecht, grausam, traurig! Bewiesen, dennoch immer noch völlig verkannt, wie perfide und gründlich das System im Nazismus funktionierte. Ich habe unfassbar viele Informationen über sie. Ich hoffe, ich habe hier eine verständliche Zusammenfassung geschrieben. Insgesamt hatte die Familie Remus zehn Kinder. Warum dann nur fünf Steine? Schlicht und ergreifend lebten nie alle zwölf Personen zusammen unter einem Dach. Dafür sorgten die Nazis. Meine Oma war die Mutter meines Vaters. Einige der Geschwister begegneten sich nie oder lernten sich erst nach 1945 kennen. Genauso wie ihre Eltern auch. Alle Familienmitglieder wurden schon vor 1933, spätestens unter der Obhut der Nazis, entrechtet, verfolgt, stigmatisiert. Bis in die Gegenwart. Warum erklärt sich in ihrer Biografie. Martin-Paul Remus wurde am 24. Juni 1895

in Stegers geboren. Berta Remus, geborene Koschinski am 6. November 1899 in der Nähe in Geierswalde. Heute gehören die Dörfer zu Polen. Bis Kriegsende 1918 war Martin Soldat. Er war Invalide, eigentlich Melker von Beruf, kam sicherlich traumatisiert und als schwerer Alkoholiker zurück. Viele Heimkehrer galten als Simulanten. Im Kontext der Zeit wurde dies alles anders eingeordnet und eingestuft. Diese Menschen verloren ihren Status innerhalb der „normalen“ Gesellschaft. Noch 1918 heirateten sie beide. Der erste Sohn, Paul, wurde 1919 geboren. Die kleine Familie lebte zunächst in Preußen, dann in Gelsenkirchen. Eine genaue Definition gibt es für die Asozialen nicht. Hier muss ich einfügen, dass dieser Begriff keine Erfindung der Nazis ist. Schon 1870 wurden im Kaiserreich sogenannte Arbeitshäuser errichtet, in denen man wegen einer Nichterfüllung der Arbeitspflicht Menschen internierte. Durch Zwangsarbeit, also Sichern und Strafen, sollten die Menschen an ein gesetzmäßiges, geordnetes Leben gewöhnt werden. Das konnte Obdachlose, Prostituierte, Alkoholiker, Müßiggänger, alleinerziehende Frauen, Arbeitsscheue, Invaliden, die nur Simulanten waren, treffen. Aber die Nazis nut-

zen den Begriff schamlos aus, um willkürliche Strafen gegen sie zu legitimieren. Sie bestimmten nun, wer als asozial galt. Umerziehen bis zum Tod. Zur Zwangsarbeit verpflichtet, ermordet, in ein KZ deportiert, bis sie endlich dort starben.

Ziel dieses Terrors war die Eindämmung, dass ihre Verhaltensweisen sich nicht „fortpflanzten“. Sie galten als minderwertig und intelligenzgemindert. In einer solchen systematischen Genauigkeit, dass sie das Blut in meinen Adern gefrieren ließ. Man glaubte damals, Asozialität wäre vererblich, deshalb durften sie keine Nachkommen zeugen. Hatten sie Nachkommen, so galten diese ebenfalls automatisch als Asozial und Erbkrank. Ihre Kinder mussten alle die so genannten Hilfsschulen besuchen. Zigtausende Frauen wurden zwangssterilisiert. Spätestens im KZ. Sehr viele Menschen denunzierten andere und erfanden oft Lügengeschichten über die Nachbarn etwa. Diese Menschen erhofften, sich dadurch einen Vorteil in der „Partei“ zu verschaffen. Es war eine extreme Zeit. Jeder sah zu, wo er blieb. Ein idealer Nährboden für die Nazis. Das allein war ein Grund für die Deportation, wenn ein Mensch betrunken über die Straße lief!!! Mein Urgroßvater galt also schon

viel eher als asozial. Genauso wie Berta und alle ihre Kinder automatisch mit. Seit 1924 bezogen die Remus Fürsorgeleistungen der Wohlfahrtspflege im Bezirksfürsorgeverband. Spätestens jetzt war die Familie von staatlicher Obhut und Verfolgung noch härter betroffen. Sie wurde geächtet. Immer weiter gesellschaftlich an den Rand gedrängt.

Die Weimarer Republik gründete dieses Fürsorgesystem. Aufgrund des verlorenen Krieges, der Reparationen, der Weltwirtschaftskrise musste die junge Demokratie ein einheitliches System für alle Menschen schaffen, die vielen Invaliden, die nicht arbeiten konnten, Arbeitslose oder verwitwete Frauen, zugezogene Familien, die ins Ruhrgebiet kamen, um hier Arbeit zu finden usw. Das ist eine Doppelmoral. Denn war man Wohlfahrtsempfänger, war man schon irgendwie randständig. Im Nazismus galt man garantiert als Asozial.

Die Familie schlug sich so durch, obwohl Martin-Paul mehrmals in Haft (Beugehaft, Schutzhaft) saß und 1928/29 in dem Arbeitshaus Benninghausen interniert war. Er wurde zwei Jahre überhaupt nicht vom Fürsorgeamt unterstützt. Er lebte wohl „wild“ bei seiner Familie. 1934 erfolgt die Wiederaufnahme ins System. Er bekam



Stolpersteine der Familie Remus; Bild: Andreas Halwer

etliche Male Pflichtarbeit zugewiesen, der er nie lange nachging. Wie immer betrank er sich schon in den frühen Morgenstunden. Am Ende war er 15mal vorbestraft und bekam den Zusatz Berufsverbrecher. Berta war übrigens fünfmal vorbestraft.

1935 lebte die Familie Remus in Gelsenkirchen, in einem Obdachlosenasyll, in der Caubstraße (seit 1931). Mittlerweile hatten sie sieben Kinder. Meine Oma Ruth wurde am 5. Juli 1930 geboren. Dann trat die Verfolgung meiner Familie in die nächste Phase ein. Weil alle unter der Obhut des Ge-

sundheitsamtes und Jugendamtes standen, hatte der Staat „ein Auge“ auf sie.

Die beiden ältesten Söhne kamen schon 1932 zwangsweise in eine Erziehungsanstalt in Wettringen. Sie galten als verwahrlost und asozial. Das Sorgerecht hatte der Staat. Nun verloren sie auch noch das Sorgerecht für ihre fünf übrigen Kinder. Sie wurden am 19. Februar 1935 in das Kinderheim in Gelsenkirchen gebracht und nach kurzer Zeit in den Kreis Minden-Lübbecke weitergeschickt zu verschiedenen Bauernhöfen. Meine Oma kam zu einer Familie Fin-

ke im Kreis Rahden – offiziell als Pflegekind. Darüber sprach meine Oma übrigens nie konkret mit mir. Damit sie sich erholen konnten, waren die Kinder nicht dort. Nein, sie mussten den Knechten und Mägden zuarbeiten, um sie an ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben zu gewöhnen. Asozial und minderwertig eben.

Am 7. Februar / 5. März 1935 wurden Martin-Paul und Berta in das Arbeitshaus Benninghausen eingewiesen. Der Grund für ihre gemeinsame Einweisung durch den Bezirksfürsorgeverband war die Säum- und Nährpflicht beider.

Der Beschluss lautete wie folgt: „Infolge des sittlichen Verschuldens sind die Eheleute mit ihren Kindern der öffentlichen Fürsorge in einem Maße anheimgefallen, dass sie als Asoziale eine Gefahr für den Staat bedeuten. Durch das Verhalten der Eheleute sind ihre Kinder in großer Gefahr, ebenfalls ins Asoziale abzugleiten..... Dem Treiben ihres Ehemannes hat die Frau nicht im geringsten Widerstand geleistet..... Martin sei ein notorischer Trinker.... Nach den Akten des Jugendamtes sind die Kinder zum Betteln und Stehlen angehalten worden und vielfach vom Schulbesuch zurückgehalten worden..... Ohne erzieherische Einwirkung kann nicht angenom-

men werden, dass die Eheleute ihr bisheriges unwirtschaftliches Verhalten gegenüber der öffentlichen Fürsorge aufgeben... Ob überhaupt eine Rückkehr der Kinder in den elterlichen Haushalt vor Beendigung der Fürsorgeerziehung möglich ist, erscheint bei dem Verhalten der Eltern fraglich.....“

Dies ist sehr verkürzt. Wo ihre Kinder waren, wussten die Eltern nicht. Ein erwachsener Sohn hatte 1935 ein Zimmer in der Hagenstraße 9. Berta kam in die Abteilung für Arbeitsscheue, Martin wiederholt in die Trinkerheilanstalt, wo sie Zwangsarbeit verrichteten. Es folgten von beiden etliche Gnadengesuche.

Am 31. August 1935 wurde Berta aus dem Arbeitshaus Benninghausen entlassen, allerdings nicht, weil sie „rehabilitiert“ war, sondern sie galt weiterhin als arbeitsscheu und asozial. Sie fiel schwanger die Treppe herunter. Die Nazis hatten Angst vor medizinischen Folgekosten. Sie lebte in Bochum, wohl in einer staatlichen Unterkunft, ohne ihren Mann. Heute befindet sich dort die Lebenshilfe.

Am 14. Oktober 1935 kam ihr Sohn Herbert Remus auf die Welt. Er hat den Zweiten Weltkrieg nicht überlebt. Er bekam einen Stolperstein. Es existiert ein Brief von Berta an Martin, vom

6. Oktober 1935. Darin steht (es ist sehr verkürzt), Berta freue sich über Post von Martin. Sie beklagt sich, dass er nicht bei ihr ist: „... Der Mensch hält viel aus, noch mehr, wie ein Stück Vieh. Ich habe das jetzt durchgemacht. Jetzt weiß ich, wie das hinter Schloss und Riegel ist. Der Herrgott straft uns Menschen, aber das ist noch zu wenig....“

Berta sollte Martin Tabak schicken, Sie hatte kein Geld. Im März 1936 wurde Martin aus Benninghausen entlassen. Nach vielen Entlassungsgesuchen und seinem Versprechen, der Stadt Gelsenkirchen nie mehr anheimzufallen, gaben die Behörden nach. Er beteuerte in Briefen, er wolle dem Volkskörper dienen, sich bessern. Er wohnte zunächst in der Hagenstraße 9. Ab 1937 lebte die Familie mit einem Kind, Herbert, in Bochum in einem Obdachlosenasyll am Krüzweg 44 a. Dies war ein städtischer Lagerplatz, wo auch Sinti-Roma leben mussten. Alle ihre anderen Kinder waren woanders untergebracht. Am 6. Juli 1937 kam H. (...) auf die Welt. Ihm wird ein Stein gewidmet. Laut Datenschutz darf ich seinen Namen nicht nennen. Wieder wurde Martin Pflichtarbeit zugewiesen, die er nie lange durchhielt. Zu oft saß er morgens volltrunken zuhause. Im Jahre

1938 zog die Familie Remus oft um (u. a. Fritz-Reuter-Straße, Hansastraße, Wibbelstraße) – nett ausgedrückt – in so genannte „Notwohnungen“. Eigentlich lebten sie dann in einem Raum. Eventuell mit ein paar Strohsäcken.

Die Zustände wurden immer dramatischer. Martin sagte in Haft aus, er wolle sich von seiner Frau scheiden lassen, da sie „unwirtschaftlich“ sei. Dazu kommt es aber nie. 1939 saß Martin wiederholt in Haft. Seine Frau beantragte nur noch Fürsorgeleistungen für sich und ihre Kinder. Sie bekommt nichts mehr!!! Und am 5. Januar 1940 wurde auch noch der zehnte Sohn G. (...) geboren. Auch er bekam einen Stolperstein. Die letzte Anschrift der Familie Remus war die Hüller Straße 43 f. Erneut eine Armenunterkunft, auf einem städtischen Lagerplatz! Die Lage spitzte sich erheblich zu!!! In der Akte WAT 1846 steht: „Am 2. Februar 1940 teilte die Gestapo fernmündlich mit, dass beabsichtigt sei, Frau Remus, Hüller Straße 43 f, dem KZ zuzuführen. Der Mann sei bereits vor 14 Tagen festgesetzt worden. Für die Dauer der Festsetzung sei die Unterbringung der zur Zeit noch verbleibenden Kinder: Herbert, H. (...) und G.(...), im Waisenhaus erforderlich. Datiert auf den 3. Februar 1940.“



Gunter Demnig verlegt die Stolpersteine der Familie Remus; Bild: Andreas Halwer

Die Gestapo versiegelte die Wohnung... Das Wattenscheider Waisenhaus nahm die drei Kinder zwangsweise auf. G. (...) war erst vier Wochen alt. Aber wo war welches Kind? Vier Kinder befanden sich immer noch auf den Bauernhöfen. Oma Ruth ebenfalls. Bis 1945. Ein erwachsener Sohn war Soldat, saß aber in Haft. Später gilt er als in Polen verschollen. Der älteste Sohn Paul war wohl fahnenflüchtig. Am 30. April 1940 erschoss ihn die Wehrmacht. Ein Kind sitzt in Jugendhaft. Am 20. April 1940 deportierten die Nazis Berta nach Ravensbrück

(nach einer Schutzhaft in Dortmund), wo sie wohl bis Kriegsende blieb. Ich denke, spätestens da wurde sie zwangssterilisiert. Martin Remus deportierte man als Teil eines Transports vom KZ Sachsenhausen (aus der Schutzhaft) ins KZ Dachau. Mein Uropa musste als Zwangsarbeiter sein Dasein fristen. Insgesamt war er in sieben Konzentrationslagern. In Buchenwald, zweimal Dachau, Groß-Rosen, Breslau-Lissa, Neuingamme und im KZ Drütte. In einem Vernichtungslager war er nie. Wieviele asoziale Menschen genau im Dritten Reich starben,

ist nicht bekannt. Und noch etwas ist ganz wichtig: Selbst im KZ galten asoziale Häftlinge als Menschen, mit denen sich Niemand solidarisch zeigte. Mit solchen gebe man sich nicht ab. Das seien alles Verbrecher. Sie könnten sich selbst im KZ nicht unterordnen oder überhaupt nicht in irgendeine Gemeinschaft einfügen. Die übrigen KZ-Häftlinge grenzten die Asozialen total aus. Es sei gefährlich, sich mit denen abzugeben! Das betraf internierte Männer sowie Frauen. Sie seien selbst schuld an ihrer Deportation!

Am 31. Mai 1944 stirbt Herbert Remus bei einem schrecklich massiven und plötzlichen Bombenangriff im Ort Geseke im Sauerland. Die Kinder des Waisenhauses wurde Ende 1943 dorthin evakuiert. Sein Bruder G. (...) wurde verletzt. Es starben dabei elf Jungen, zehn wurden verletzt. Einige Nonnen starben und mindestens eine Hausangestellte. Der Wattenscheider Propst Hellmich holte die toten Kinder zurück zum Propsteifriedhof. Es sollte ein anständiges kirchliches Begräbnis stattfinden. Jedoch erzwang der Gauleiter eine Propaganda-Zeremonie, um den Endsieg zu inszenieren, obwohl die Absprache anders war.

Als der Propst zum Friedhof kam, lagen alle Toten schon ohne Einsegnung in ihren Gräbern. Später

vernahm ihn die Gestapo. Wie schizophoren diese Beerdigung war! Mein asozialer Großonkel wurde nun noch zum Märtyrer des Dritten Reichs (Diese Geschichte des Dramas von Geseke steht ausführlich im Buch: Nacht über Wattenscheid). Heute sind diese Gräber offizielle zivile Kriegsgräber. Ich bin eine Patin der Gräber. Wie durch ein Wunder überlebten meine Uroma Berta und Uropa Martin die Deportationen. Ob sie noch vorher auf einem Todesmarsch nach Bergen-Belsen waren, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Er kam am 22. Mai 1945 nach Wattenscheid zurück, Berta am 9. Juli 1945. Sie bekamen eine Unterkunft im Alten-Versorgungsheim „Am Beisenkamp“ zugewiesen. Die Engländer / Amerikaner gaben die Kinder der Familie zurück zu ihren Eltern.

Meine Oma Ruth kam am 12. Juli, inzwischen fünfzehn Jahre alt, zurück, zwei Brüder im Juli und die beiden letzten Kinder H. (...) und G. (...) am 8. August 1945. Sie kannten sich alle gar nicht. Es war ein Desaster. !!! Das erzählte mir Oma Ruth zu Lebzeiten: Sie hasste ihre Eltern! Sie musste sie pflegen, obwohl sie Pflichtarbeit leisten musste für eine Lebensmittelkarte. Berta und Martin schlugen sie. Sie kannte ihre Eltern gar nicht.

Viel mehr wusste ich früher nicht über ihr Aufwachsen. Einige Zeit lang bezogen die Eheleute Rente, bekamen eine finanzielle Unterstützung, z. B. für Kleidung.

Doch dann.... Da war ja noch etwas: Oh, sie galten als asozial! Waren schließlich selbst an ihrer Situation schuld! Sogar im KZ hätten sie nichts gelernt. Nie würden sie ein normaler Teil der Gesellschaft werden können. In der neuen, demokratischen auch nicht. Man gab den asozialen Menschen doch nie eine Chance dazu! Also musste Martin nun wieder für sich und seine Familie selbst arbeiten. Das ist so eine schreiende Ungerechtigkeit!! Hatte er denn nicht schon genug gelitten?

1946 zog die Familie Remus zum Stalleikenweg 9 in ein Zimmerchen, denn man hatte sie aus dem Versorgungshaus zwangsgeräumt. 1947 kamen noch zwei Söhne zu ihnen zurück. Berta Remus stirbt am 2. Januar 1956. Sie lebte wieder in einer Armenunterkunft in der Schulstraße 8 a. Über Martins Tod ist mir nichts bekannt. Was danach kam, ist mir unbekannt. Ich kenne aus der Familie nur meine Oma.

Wir hatten nicht den besten Ruf. Die Stigmatisierung als Asoziale Familie wurde bis hin zu mir weitergereicht. In dem kleinen Wat-

tenscheid kannte man sich untereinander und die Vergangenheit meiner Familie. Man musste uns nur sehen. Das reichte schon, um aufzufallen. Einige Eltern verboten ihren Kindern, mit mir zu spielen, auch, weil ich z. B. Läuse haben könnte oder ich einen schlechten Einfluss auf sie hätte. Ich tränke Alkohol...

Wie viele Generationen sollen denn noch darunter leiden? Fast alle Zeitzeugen sind nun tot. Gerade deswegen fordere ich auch andere Nachfahren betroffener Familien auf, ihre Geschichten weiterzuerzählen.

Ich verspreche das. Ich werde nicht Schweigen!!! Ich verstecke mich nicht. Ich positioniere mich gegen Rassismus!!! Diese Opfergruppe muss ihre Würde wiederbekommen, wenn sie denn je eine hatte... So etwas darf nie wieder geschehen! Darf niemals vergessen werden!!! Für Freiheit, Demokratie und Frieden.

Nicole Kaczmarek

Das „Zigeunerlager“ in Eppendorf

Am 26. November 1937 erschien in der AWZ ein Artikel, der in Eppendorf für helle Aufregung sorgte. In dem Artikel ging es um die Errichtung eines „Zigeunerlagers“ in diesem Stadtteil Wattenscheids.

AWZ, 26.11.1937: „Wattenscheid-Eppendorf. Wir haben in Wattenscheid heimatberechtigte Zigeunerfamilien. Mit dieser Tatsache muß sich die Verwaltung und muß sich die Bürgerschaft abfinden. Die Verwaltung ist gesetzlich verpflichtet, diesen Zigeunern Unterkunft zu verschaffen. Mancher wird sich noch des Zigeuner-Wagenparks entsinnen, doch auch da konnte ihres Bleibens nicht sein. Die Stadtverwaltung hat Verhandlungen mit privaten Grundbesitzern geführt, um einen Platz für die Niederlassung ihrer aufgezwungenen Gäste zu finden, aber ohne Erfolg. Es blieb nichts übrig, als stadteigenes Gelände ausfindig zu machen und dort Baracken zu bauen. Die Wahl ist schließlich auf ein Grundstück gefallen, das ganz im äußersten Winkel Wattenscheid-Eppendorfs liegt, an der Grenze Dahlhausens. Dort werden die Zigeuner sich in diesen Tagen niederlassen. Das Grundstück wird mit einer dichten Anpflanzung von

Gesträuch umgeben, die den Einblick verwehrt.“

Gegen die Errichtung protestierten 751 Eppendorfer, die sich mit einem Beschwerdeschreiben, aufgesetzt von vier Bürgern des Stadtteils und gerichtet an den Regierungspräsidenten in Arnsberg, solidarisch erklärten. In dem Schreiben hieß es unter anderem: „Die Stadt bzw. das Bauamt der Stadt Wattenscheid errichtet an der Ruhr- und Dahlhauserstrasse Baracken für ihre zu unterhaltende Zigeunerfamilien. Der hierzu benutzte Platz 500 Quadratruten groß ist teilweise Eigentum der Stadt... Die Strassenbahn von Witten nach Ober-Dahlhausen fährt diereckt daran vorbei und hat an zwei Stellen des besagten Platzes ihre Haltestellen. Kaum 20 Meter von dieser Stelle ist die Verbandstrasse die zum Enneperuhrkreiss führt. Unser Südpark mit Planschbecken, Erholungsheim, Spielwiesen und Freilichtbühne liegt zehn Minuten Fußweg davon ab... Jahraus, jahrein wandern tausende von Volksgenossen zur Ruhr, zu ihren Bergen, Waldungen und Badeanstalt, sie alle sind gezwungen, diesen zukünftigen Rummelplatz mit ihren Augen zu beschauen... Wir bitten nun aus



Gedenktafel „Gegen das Vergessen“ in Eppendorf; Bild: Berthold Jablonski

Sicherheitspolizeilichen Gründen, dass die Regierung der Stadt Wattenscheid das Ansiedeln der Zigeuner in dem südlichen Stadtteil verbietet, zumal genug eigens von der Stadt hergerichtete Plätze mit fünf Meter hohen Erdwällen und Baumanpflanzungen vorhanden sind wo die betreffenden Zigeuner bzw. asozialen Menschen der Stadt Wattenscheid jetzt angesiedelt sind.“¹

Die damalige Stimmung gegen „Zigeuner“ wird sehr deutlich in den Sätzen der AWZ vom 29.12.1938: „Die Bekämpfung der Zigeunerplage in und um Wattenscheid... Zigeuner sind arbeitsscheues Gesindel, sie leben meist vom Dieb-

stahl, vom Bettel und Betrug. Uns diese Gesellschaft in wirksamster Form vom Leibe zu halten, sie so zu isolieren, daß sie mit unserer deutschblütigen Volksgemeinschaft in keinerlei Berührung mehr kommen, ist Pflicht.“

Die Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland reicht rund 600 Jahre zurück. Sie kommen ursprünglich aus dem indischen Punjab. Am Anfang wurden sie geduldet und erhielten zum Teil Schutzbriefe, aber 1498 wurden sie durch den Reichstag in Freiburg für vogelfrei, d. h. für rechtlos erklärt und durften deshalb vertrieben, ausgeplündert und getötet werden. Es war ihnen verboten, ein Hand-

werk ausüben, sich niederzulassen oder Grundbesitz zu erwerben. Da sie deshalb nicht sesshaft werden konnten, lebten sie als Nomaden, was ihnen später zum Vorwurf gemacht wurde, der darin gipfelte, ihnen einen Hang zur Nichtsesshaftigkeit zu unterstellen. Ein Vorwurf, der bis heute erhoben wird. Sinti und Roma wurden systematisch über die Jahrhunderte ausgegrenzt, denn auch die Staatsbürgerschaft wurde ihnen vielfach verwehrt. Die Unterstellungen, die im Ausschnitt aus der AWZ deutlich werden, spiegeln beispielhaft die Vorurteile der Gesellschaft in Deutschland, die zum Teil noch heute geteilt werden.

Insgesamt 33 Personen wurden zwangsweise im „Zigeunerlager“, das die Nazis trotz der in ihrem Jargon verfassten Beschwerde errich-

teten, untergebracht und mussten dort unter erbärmlichsten Umständen leben.

Mit dem Auschwitz-Erlass Heinrich Himmlers vom 16. Dezember 1942, der die Errichtung eines „Zigeunerlagers“ in Auschwitz befahl, begann die systematische Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma. Im März 1943 wurden die noch in Eppendorf lebenden „Zigeuner“ nach Auschwitz deportiert. Bis auf zwei Personen überlebten sie nicht.²

An der Dahlhauser Straße in Eppendorf erinnert eine Infotafel seit Neuestem an die Opfer aus Eppendorf.³ Berthold Jablonski

¹ zitiert nach: www.werner-schmitz.de/werkstatt/ploetzlich-waren-alle-weg

² vgl. Werner Schmitz a. a. O.

³ vgl. WAZ Wattenscheider Teil vom 13.04. 2022

Falscher Weg für Wattenscheid

Während in den Nachbarstädten alle Anstrengungen unternommen werden, die Innenstädte zu attraktivieren, u. a. durch neue Einkaufszentren mit angegliederten Parkmöglichkeiten, meinen die politischen Entscheidungsträger in der Wattenscheider Bezirksvertretung, dass das Wattenscheider Zentrum durch Verkehrsberuhi-

gung des August-Bebel-Platzes für die Besucher und Bewohner anziehender wird.

Der August-Bebel-Platz in seiner heutigen Form geht auf Planungen der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Dabei wurde durch eine weitgehende Zerstörung des gründerzeitlichen Platzes Raum gewonnen für einen zentralen



August-Bebel-Platz 2021; Bild: Andreas Halwer



August-Bebel-Platz 2022; Bild: Andreas Halwer

Verkehrsknotenpunkt des öffentlichen und des Individualverkehrs. Dies geschah im Hinblick auf die Schaffung der Fußgängerzone, durch die zuvor der gesamte Verkehr geflossen war (Ost-, West-, Freiheit-, Hagenstraße usw.). Nun stimmt die politische Mehrheit der Bezirksvertretung Wattenscheid einem Entwurf zur kompletten Verlagerung des Individualverkehrs vom August-Bebel-Platz auf die umliegenden Straßen zu. Die Folge: die Verkehrsströme werden sich dann in die wesentlich schmaleren Straßen, vor allem Swidbert- und Voedestraße ergießen, einschließlich der schon jetzt überlasteten Kreuzung Swidbert- / Voede- / Marienstraße. Nochmal: um die steigenden Verkehrsströme der 60er Jahre um den Wattenscheider Kern zu führen, wurde die breite Schneise über den August-Bebel-Platz geschlagen, heute, wo das Verkehrsaufkommen deutlich höher ist, soll es wieder durch viel zu enge Straßen geführt werden, mit allen negativen Folgen für die Anwohner. Sicher ist, dass der August-Bebel-Platz nicht attraktiv ist, dafür wurde er auch nicht geplant, und allein die Verbannung des Individualverkehrs wird nichts daran ändern, solange weiterhin alle Buslinien und die Straßenbahn den Platz queren. (Die Straßenbahn hätte schon bei der damali-

gen Planung im Bereich der Innenstadt unterirdisch geführt werden müssen.)

Wenn es in der Hauptsache darum gehen soll, den Bürgern mehr Aufenthaltsqualität zu bieten, hätte der Brunnen schon seit Jahren instandgesetzt werden müssen. Es gibt seit langer Zeit keine anspruchsvolle Bepflanzung, und die letzten vier Alleebäume des ursprünglichen Platzes wurden nach Sturmwirkungen in den letzten Jahren ersatzlos gefällt.

Eine hohe Aufenthaltsqualität bei ständig kreuzenden Bussen und Bahnen nur durch Verbannung des Individualverkehrs erzielen zu wollen, ist nach unserer Auffassung nicht möglich, da der Platz immer aus zwei getrennten Teilen bestehen wird. Es kommt ja auch niemand auf die Idee, einen Bahnsteig zu einem attraktiven Aufenthaltsbereich zu erheben. Das dürfte selbst bei Stuttgart 21 nicht Teil des Planungskonzeptes sein.

Wenn man etwas für die Innenstadt tun möchte, und das ist dringend geboten, dann muss man den Platz zunächst einmal als das akzeptieren, was er ist: der wichtigste Verkehrsknotenpunkt in Wattenscheid und dazu gehört auch die Erreichbarkeit für den Individualverkehr und die Taxen. Dennoch ist es dringend erforderlich, den August-Bebel-Platz

als Eingang zur Fußgängerzone aufzuwerten. Es muss eine angemessene Grünplanung erfolgen, Straßen und Gehbeläge müssen hochwertig geändert werden. Der Brunnenbereich muss attraktiviert werden, und der gesamte Haltestellenbereich benötigt eine architektonisch der Wichtigkeit dieses Ortes angemessene komplette Überdachung, wie z. B. im Bereich des Hauptbahnhofs in Wanne-

Eickel oder vor dem Bahnhof in Herne, damit Fahrgäste im Trocknen zwischen den einzelnen Linien wechseln können.

Im Übrigen: Plätze für den ruhigen Aufenthalt gibt es in der Innenstadt genug: Nivellesplatz, Saarlandbrunnen, Freiheitstraße vor dem Rathaus, Alter Markt.

Norbert Herden
(für den Vorstand des HBV)

Der „Bebel-Platz“ – historisch betrachtet

Vor 125 Jahren wurde der markante Platz im Herzen der Stadt Wattenscheid, der August-Bebel-Platz, mit der Errichtung des Kriegerdenkmals fertiggestellt. Zu diesem Zeitpunkt war der Name von August Bebel allerdings ein Unding: Als Sozialdemokrat war er zur Kaiserzeit nicht wohl gelitten. So wurde letztlich der Kaiser zum Namensgeber für den Platz. 1896 hatte man zunächst für den rechtwinkligen Platz zwischen Hochstraße und Voedestraße den Namen „Neumarkt“ vorgeschlagen. Die Stadtverordneten legten sich im August 1896 auf den Namen Kaiserplatz fest. Im Dezember 1896 wurde dann der Wochenmarktverkehr auf dem neuen Platz aufgenommen, im Mai 1897 das

Kriegerdenkmal mitten auf dem Platz eingeweiht.

Nach dem Ende des Kaiserreichs brauchten die Wattenscheider vier Jahre, um sich mit dem für die Namensbenennung zuständigen Polizeipräsidenten auf den neuen Namen „August-Bebel-Platz“ zu einigen. Den Namen änderten die neuen Machthaber des Dritten Reichs schon im April 1933 auf „Adolf-Hitler-Platz“. 1945 wurde dies wieder rückgängig gemacht.

Die Änderung des Platzes zu einer fast reinen Verkehrsfläche geschah in der Zeit, als man die Innenstadt, die bis dahin den gesamten Verkehr zwischen Bochum und Gelsenkirchen und auch zwischen dem Norden und Süden der Stadt aufgenommen hatte, zur Fußgän-



Kaiserplatz von 1910; Bild: Stadtarchiv Bochum

gerzone machte. Durch die neugebaute Friedrich-Ebert-Straße und die weitere Führung der Straße in einer Diagonale über den August-Bebel-Platz wurde die neue Verkehrsführung möglich. Der Platzcharakter wurde damit zerstört.

Gleichzeitig entstanden so ein Bruch zwischen der Oststraße und der unteren und oberen Hochstraße und damit die Unterbrechung der Haupteinkaufsstraße.

Andreas Halwer

Kanalsanierung der Graf-Adolf-Straße

Im Rahmen der Berichterstattung über die Kanalbauarbeiten in der Graf-Adolf-Straße in der WAZ vom 24. September 2021 ist das Ende des Artikels von besonderer

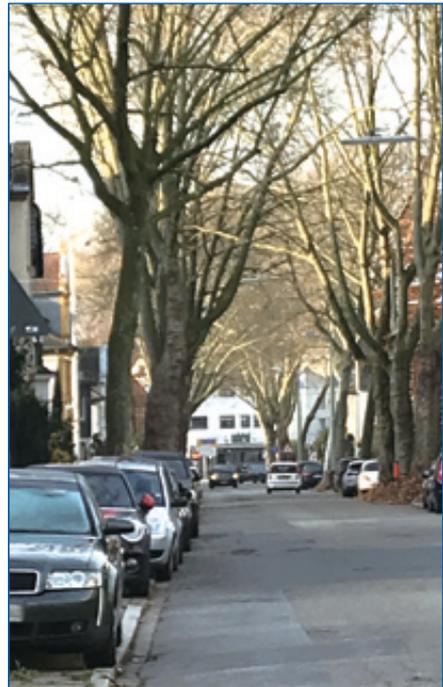
Bedeutung: Darin heißt es: „... wird darauf hingewiesen, dass die Bäume überwiegend nicht zu halten sein würden.“ Die Platanen, deren wahrscheinliche Beseitigung

hier beschrieben wird, sind in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung:

- Sie sind stadtbildprägend in dieser als Allee geplanten und angelegten Straße
- Sie haben einen hohen ökologischen Wert, der über Jahrzehnte nicht durch Anpflanzung neuer Bäume ersetzt werden kann
- Sie mildern optisch die negativen Bedingungen der durch Verkehr hoch belasteten Straße

Als Reaktion auf die Tatsache, dass die Wurzeln der Bäume die Bürgersteige und die Straßendecke anheben, kann es nicht nur diese eine Antwort geben. Vielmehr gibt es alternative Möglichkeiten, damit umzugehen. Eine davon ist, die Graf-Adolf-Straße zwischen Harkort- und Westenfelder Straße in dieser Fahrtrichtung zu einer Einbahnstraße zu machen. Dadurch könnte die Fahrbahn in die Mitte verlegt werden, und an den freiwerdenden, ggf. zu erhöhenden seitlichen Bereichen, ergeben sich Flächen für eine Fahrradspur und geordnete Stellplätze. Gleichzeitig würde der Verkehr in der engen Straße um ca. 50 % reduziert.

Das Problem des Wurzelwachstums, das in die Verkehrsflächen



Graf-Adolf-Straße; Bild: Tino Lübeck

eingreift, gilt im Übrigen für viele Straßenbäume ab einem gewissen Alter. Sie alle deswegen abzusägen, kann nicht die Lösung sein.

Norbert Herden
(für den Vorstand des HBV)

Joseph Beuys unterstützt die „Aktion Bürgerwille“

Am 8. Oktober 1972, dem letzten Tag der „documenta 5“ in Kassel, fand ein Boxkampf zwischen Joseph Beuys und dem Kunststudenten Christian Moebuss statt. Austragungsort war der Ausstellungsraum des Konzeptkünstlers und Nouveau Realiste Ben Vautier, der sogenannte Denk-Raum, im Museum Fredericianum. Als Ringrichter fungierte Anatol Herzfeld. Beuys errang nach drei Runden einen Punktsieg - wegen „der direkten Treffer für direkte Demokratie“, wie der Ringrichter verkündete.¹ Das Publikum hatte einen Heidenspaß. Jedes Eingreifen des Ringrichters, das die Regeln eines normalen Boxkampfes konterkarierte, wurde mit einem frivolen Gelächter begleitet. Dies entsprach durchaus der Beuys'schen Intention, hatte er doch seine „politischen Boxkämpfe“ mit dem Slogan kommentiert: „Demokratie ist lustig.“² Beuys war der Überzeugung, dass mit Kunst die Gesellschaft verändert werden könnte.³ Dementsprechend war der Kasseler Boxkampf für ihn eine Metapher für politisches Handeln, ein Denkanstoß und Handlungsimpuls, mit dem er einen gesellschaftspoli-

tischen Veränderungsprozess in Gang setzen wollte. Besonders der Kunst wies er hierbei eine Schlüsselrolle zu. Um welche Veränderungen es ihm dabei ging, macht der genaue Titel der Aktion deutlich: „Boxkampf für direkte Demokratie durch Volksabstimmung / Abschiedsaktion.“⁴ 1971 hatte er bereits in der Düsseldorfer Andreasstraße 25 ein Büro der „Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung“ zusammen mit den Künstlern Johannes Stüttgen und Karl Fastabend gegründet.⁵ Für die „documenta 5“ hatte er dann das Büro nach Kassel verlegt, um dort mit den Besuchern 100 Tage lang zu diskutieren und für die direkte Demokratie zu kämpfen.⁶ Zum Sinnbild in diesem Kampf wurde die rote Rose, die bei jedem Gespräch in einem Messzylinder auf seinem Schreibtisch stand.⁷ Beuys' Beitrag zur „documenta 5“ war also im Sinne seines erweiterten Kunstbegriffs eine Gesprächsplastik, eine unsichtbare Plastik, die zum Denken anregte. Ohren – da war er sich sicher – waren besser in der Lage, Plastiken aufzunehmen als die Augen.⁸



Werbeposter zur Ausstellung von Joseph Beuys; Bild: H. W. Kessler

Vor diesem Hintergrund erscheint es nur folgerichtig, dass sich Beuys mit der „Aktion Bürgerwille“ solidarisierte, die sich im September 1973 in Wattenscheid gegründet hatte, um mittels einer Volksabstimmung die kommunale Neuordnung Wattenscheids und anderer Städte in NRW zu verhindern.⁹ Der Name „Aktion Bürgerwille“ war Programm: Er sollte Bürger und Politiker „gemahnen, stets im Sinne der Menschen zu agieren, auf keinen Fall aber an deren zum Ausdruck gebrachten Willen vorbei zu entscheiden, es sei denn die anstehende politische Entscheidung bringt eindeu-

tig Vorteile für die Gesamtpolitik mit sich.“¹⁰

Die Protestveranstaltungen gegen die Eingemeindung Wattenscheids hatten schon vor Gründung der „Aktion Bürgerwille“ begonnen, nachdem die SPD-Fraktion im Nordrhein-Westfälischen Landtag am 16. März 1973 entschieden hatte, dass Wattenscheid auf jeden Fall nach Bochum eingemeindet werde und Ministerpräsident Heinz Kühn am 17. März 1973 – dem Festtag der Wattenscheider Stadtpatronin St. Gertrud (!) – das Gleiche verkündet hatte.¹¹ So kam es am 30. Mai 1973 zu einer Großveranstaltung

mit mehr als 4500 Teilnehmern vor dem Wattenscheider Rathaus, auf der Wattenscheider aller Generationen die Entscheidungen von Parlament und Regierung in Nordrhein-Westfalen kritisierten und ihre Verbundenheit mit der Stadt bekundeten.¹² Als am 6. September 1973 die Erste Lesung des kommunalen Neugliederungsgesetzes anstand, warfen Aktivisten der Bürgerinitiative „Selbständiges Wattenscheid“ von der Besuchertribüne des Düsseldorf Landtags Flugblätter in den Plenarsaal.¹³ Flugblätter wurden dann auch Ende September auf dem SPD-Parteitag in Münster verteilt.¹⁴ Eine intensive Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit führte schließlich dazu, dass bis zum Februar 1974 sich in 110 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden Initiativen zur Unterstützung eines Volksbegehrens gegen die Eingemeidungspläne der Landesregierung gebildet hatten.¹⁵

Am 6. November 1973 präsentierte die „Aktion Bürgerwille“ ihren eigenen Gesetzes-Entwurf zur kommunalen Neuordnung im Ruhrgebiet, mit dem das Volksbegehren beim NRW-Innenministerium beantragt werden konnte. Nachdem der erste Antrag aus formalrechtlichen Gründen abgelehnt worden war, teilte Willi

Weyer (FDP), der Innenminister von NRW, am 21. Dezember dem Aktionsvorsitzenden Dr. Klaus Steilmann mit, dass das Volksbegehren genehmigt sei. Die Eintragungsfrist für die Bevölkerung wurde aber von der Landesregierung – ohne juristische Notwendigkeit – in die Karnevalszeit vom 13. bis zum 28. Februar 1974 gelegt und eine Verlängerung untersagt.¹⁶ In dieser Angelegenheit schien sich der Beuys'sche Slogan „Demokratie ist lustig“ zu bestätigen, den er 1972 anlässlich seiner Entlassung aus dem Hochschuldienst nur zwei Tage nach seinem Boxkampf in Kassel geprägt hatte und zu einem Multiple machte.¹⁷ Für die „Aktion Bürgerwille“ begann eine „heiße Phase“ in ihrer Informations- und Werbearbeit. Wie Beuys auf der „documenta 5“ in Kassel, so mietete man einen Bus an. In „rollenden Pressekonferenzen“ führten dann Vorstandsmitglieder oder Beisitzer aus den kooperierenden Gemeinden Gespräche mit Medienvertretern, Politikern, Bürgerinitiativen und interessierten Bürgern über das Volksbegehren.¹⁸ Am 3. Januar 1974 richtete der Vorstand der „Aktion Bürgerwille“ eine „Arbeitsgruppe Werbung“ unter der Leitung von Klaus-Peter Hülder ein.¹⁹ Rund 40 Aktivisten bemühten sich daraufhin, mit

Informationsständen, Lautsprecherdurchsagen und Flugblattverteilung die Menschen darüber zu unterrichten, welchen Stellenwert das Volksbegehren für eine lebendige Demokratie hatte, und sie zu motivieren, sich in die Listen des Volksbegehrens einzutragen.

Flankierend zu dieser Werbekampagne sollten Großveranstaltungen die Aufmerksamkeit und das Interesse der Öffentlichkeit auf das Volksbegehren lenken. Am 10. Januar 1974 kamen ca. 280 Delegierte aus 63 Städten und Gemeinden in der Wattenscheider Stadthalle zusammen, um zukünftige Aktionen zu besprechen.²⁰ Am 11. Februar 1974, zwei Tage vor Beginn der Eintragsfrist und der Zweiten Lesung des Ruhrgebiet-Gesetzes, wollte die „Aktion Bürgerwille“ mit einer Großdemonstration in Düsseldorf psychologischen Druck auf die Politiker ausüben und die Menschen für das bevorstehende Volksbegehren sensibilisieren.²¹ Prominenter Redner auf dieser Protestveranstaltung war Joseph Beuys.²²

Joseph Beuys' Aktionen waren auf die mediale Vermittlung angewiesen. Erst im Foto wurde das meist nur einmalig vollzogene Aktionsgeschehen aufgegriffen und einem größeren Publikumskreis zugeführt. Fotos haben

die Wahrnehmung Beuys'scher Aktionen geprägt, indem sie z. T. deren situativen Kontext einblendeten, die Akteure und ihre Mitmenschen in dem sie umgebenden Raum dokumentarisch festhielten. Fotos seiner aktionistischen Praxis haben zudem die Wiedererkennbarkeit seines äußerlichen Erscheinungsbildes erzeugt und seine gesellschaftliche Rolle als Künstler unterstrichen.²³ Von zentraler Bedeutung war hierbei seine Kleidung, mit der er symbolisch seine persönliche Autorenschaft markierte.²⁴ In einem Interview mit Birgit Lahann sagte er: „Ich wollte einen Hut haben, der Grau ist, Ähnlichkeit hat mit Filz, und dann habe ich mich daran gewöhnt, wie an die Weste, an die Blue Jeans, das weiße Hemd. Dadurch bin ich eine Ikonographie im Bilde. Das ist einmal so geprägt und soll auch so bleiben.“²⁵ Und in einem Gespräch mit Joachim Rönneper erklärte er: „Seit 1960 trage ich immer dasselbe (...). Wie eben ein Hase sich ja auch nicht dauernd umzieht (...). Ich erscheine also immer als diese Figur.“²⁶

Von diesem gleichbleibenden Erscheinungsbild ging eine ikonische Wirkung aus, die auch für das Foto von Alfred Winter, dem Wattenscheider Fotojournalisten der WAZ, charakteristisch ist, das

dieser von der Düsseldorfer Demonstration am 11. Februar 1974 machte. – Obwohl Karnevalszeit, ist auf dem Foto nichts typisch Karnevalistisches zu erkennen. Dicht gedrängt stehen die Demonstranten zusammen und halten ihre Transparente in die Luft: „Scherpenberg-Grafschaft...“, „Mammutstädte sind überholt! Sie auch Herr Weyer?“, „Wattenscheid den Wattenscheidern“. In der Mitte der vordersten Reihe steht Joseph Beuys, er trägt seinen charakteristischen Stetson-Filzhut und einen langen Mantel mit breitem Pelzkragen, den er geöffnet hat, darunter ein weißes Hemd. Er inszeniert sich als Redner, als sprechender Künstler, mit den Blättern seines Redemanuskripts in der linken Hand. Sein Blickkontakt mit der Kamera zieht die Aufmerksamkeit des Fotografen auf sich. Umringt wird Beuys von Demonstranten, zum überwiegenden Teil ältere Herren mit Wintermantel und Hut, ernst dreinschauend, kein Lächeln auf dem Gesicht. Der Herr rechts neben Beuys stützt sich auf seinen Regenschirm und hält ein kleines Fähnchen in der linken Hand, ebenfalls ein Fähnchen, das hinter Beuys hervorschaut, zeigt der Herr zu Beuys' Linken. In seinem Rücken ein Mann, der eine Zigarette raucht. Auf den Mantelkra-

gen haben einige Demonstranten – inklusive Beuys – einen runden Button befestigt: die Anstecknadel der „Aktion Bürgerwille“ mit einem schräg nach obenweisendem Pfeil.²⁷ Es regnet: rechts neben Beuys hat eine Frau ihren hell-gepunkteten Regenschirm aufgespannt. Daneben ein Mann mit den Fäden eines Luftballon-Bündels in der rechten Hand. Links am Bildrand lugt ein Kind zwischen großen Luftballons hervor. Hinter ihm steht die junge Mutter mit Kopftuch und schaut lächelnd auf ihr Kind. Oben links im Foto hinter dem Transparent Personen mit weiteren Luftballons. In ihrer Mitte ein Uniformierter mit Schirmmütze, rechts – etwas entfernt von ihm – ein weißhaariger Herr mit dunkler Sonnenbrille. Insgesamt also ein buntes Publikum, das gekommen ist, um die Ausführungen von Beuys anzuhören.²⁸

Das Sprechen war ein zentraler Bestandteil seiner künstlerischen Arbeit.²⁹ Die Sprache war für ihn nicht nur Ausgangspunkt und Ursprung seines Schaffens, sondern wurde von ihm aufgefasst als eine plastisch-raumgreifende Kraft, die Form gewinnt, indem sie sich artikuliert,³⁰ als eine Kraft, durch die jeder Mensch geistig, körperlich und im kommunikativen Austausch an einer Erneuerung der



Demonstration gegen die Eingemeindung Wattenscheids; Bild: Alfred Winter

Gesellschaft teilhaben könne.³¹ In seinem Vortrag „Reden über das eigene Land: Deutschland“ am 20. November 1986 in den Münchener Kammerspielen erklärte er, welche Bedeutung die Sprache, insbesondere die deutsche Sprache, für ihn hatte: „(...) das erste, was zu dieser Auferstehung führen würde, wäre der Born dessen, was wir die deutsche Sprache nennen, in dieser Auferstehung aus einer Zerstörtheit, die uns alle betrifft und zu der wir uns auch alle nach außen wenden sollten, (...) dass wir im Gehen zu diesem Born, im Benutzen der deutschen Sprache, miteinander ins Sprechen

kämen und wir erleben würden, das aus dem Sprechen miteinander sich uns nicht nur die leibliche Gesundheit wieder einstellen würde, sondern dass wir ein elementares, tiefes Fühlen erreichen würden, für das, was auf dem Boden geschieht, auf dem wir leben, für das, was auf dem Acker, was auch im Walde, auf der Wiese, was im Gebirge gestorben ist. Wir würden durch unser eigenes Sich-Verlebenswerden durch Sprache den Boden mitnehmen, das heißt, wir würden einen Heilungsprozeß an diesem Boden vollziehen können, auf dem wir alle geboren sind.“³²

Beuys diagnostiziert hier eine Krise in der gegenwärtigen, materialistisch geprägten Gesellschaft, die er kontrastiert mit immateriellen, geistigen Werten, wie Emotionalität, Realitätssinn und Naturverbundenheit. Seine Grundgedanken der Heilung und Transformation verbindet er mit der Sprache, mit der er eine therapeutische Wirkung erzielen will. Er beanspruchte für sich die Rolle eines Heilers, eines Schamanen und fühlte sich berufen, auf Erden einen besonderen Auftrag zu erfüllen,³³ nämlich die Gesellschaft von Krankheiten, von Fehlentwicklungen zu heilen und zu einer „Auferstehung“, zu einer Erneuerung durch die Gesundung zu führen. Zu diesen Fehlentwicklungen gehört es – nach Beuys – dass ein Bundesabstimmungsgesetz fehlt, obwohl in der deutschen Verfassung steht, „das Volk bekundet seinen Willen durch Wahlen und Abstimmungen.“³⁴ Beuys vertrat die Auffassung, dass „der Souverän in einer Demokratie ja eigentlich gefragt werden müsste, wenn etwas Lebensentscheidendes bei seinem Volk eingerichtet werden soll (...). Dass dann doch wohl der Souverän zuständig ist und nicht die Delegierten dieses Souveräns!“³⁵ „Und es wäre im höchsten Grade wichtig, dass jeder einzelne sich hinter Ini-

tiativen, die es ja bereits gibt und die immer wieder aufleuchten und immer wieder aufflackern, stehen würde. Diese Initiative zur Verwirklichung eines Bundesabstimmungsgesetzes in unserer Verfassung, im Grundgesetz, das sollten wir mehr unterstützen.“³⁶

Beuys' Auftritt bei der Düsseldorfer Demonstration am 11. Februar 1974 sicherte der „Aktion Bürgerwille“ eine breite Medienpräsenz. Einen großen Zulauf an Demonstranten konnte sein Erscheinen jedoch nicht bewirken. Dafür war vor allem das Wetter zu schlecht. Es war recht kalt und es regnete „wie aus Kübeln.“³⁷

Am 13. Februar 1974 begann die zweiwöchige Abstimmungsfrist für das Volksbegehren. Die Hürden für den Erfolg des Volksbegehrens waren in der nordrhein-westfälischen Verfassung hoch gesteckt: 20 % aller Wahlberechtigten im Lande hätten sich in die Listen eintragen müssen, das wären 2,4 Millionen Wahlberechtigte gewesen. Nach Ablauf der Eintragsfrist am 26. Februar waren es rund 720000 Personen, also nur 6 % der Wahlberechtigten, die unterschrieben hatten. Damit war das Volksbegehren gescheitert. Am 8. Mai 1974 konnte die Landesregierung das Ruhrgebiets-Neugliederungsgesetz verabschieden. Die Stadt Wat-

tenscheid verlor ihre Selbstständigkeit. Zum 1. Januar 1975 trat die Eingemeindung in Kraft, d. h. Wattenscheid wurde ein Stadtteil von Bochum.³⁸ Daran konnte auch Beuys nichts ändern.

Und dennoch: Beuys' Auftritt bei der Düsseldorfer Demonstration verlieh der „Aktion Bürgerwille“ eine außergewöhnliche Präsenz. Beuys verließ hierbei das Künstleratelier und Kunstmuseum und trug Kunst in den öffentlichen Raum. Politisches Handeln wurde damit für ihn zur Kunst und Kunst zur Politik. Sein Erscheinen transformierte die Demonstration im Sinne seines erweiterten Kunstbegriffs zu einem Kunstobjekt. Er zeigte, dass man mit Kunst in der Gesellschaft etwas bewegen kann, dass Kunst ein Gestaltungsprozess sein konnte, mit dem sich die Gesellschaft zu einer „Unsichtbaren Skulptur“ formen lässt.

Heinz-Werner Kessler

¹ Angela Wenzel, in: Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf (Hg.), Begleitheft zur Ausstellung „Jeder Mensch ist ein Künstler. Kosmopolitische Übungen mit Joseph Beuys“, 27.3. - 15.8.2021, S. 6. - Mario Kramer: Joseph Beuys' Boxkampf für direkte Demokratie (1972). In: Heinrich Theodor Grütter et al. (Hg.), Die Unsichtbare Skulptur. Der Erweiterte Kunstbegriff nach Joseph Beuys (Köln 2021), S. 233 - 239.

² Kramer, a. a. O., S. 237 f.

³ Isabelle Malz: Aufruf zu Alternativen. In: Susanne Gaensheimer et al. (Hg.), Jeder Mensch ist ein Künstler. Kosmopolitische Übungen mit Joseph Beuys (Berlin 2021), S. 49 und 52

⁴ Wenzel, a. a. O., S. 6

⁵ Ebenda

⁶ Ebenda

⁷ Kramer, a. a. O., S. 238 f.

⁸ Klaus-D. Pohl: Joseph Beuys - Verbindungen im 20. Jahrhundert. In: Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Hg.), Joseph Beuys. Verbindungen im 20. Jahrhundert (Mannheim 2001), S. 11

⁹ Jost Benfer: Der Kampf der Wattenscheider gegen die Eingemeindung (1972 - 1974). Erlebnisse und Erinnerungen eines Mitstreiters (Wattenscheid 2007), S. 4

¹⁰ Ebenda, S. 36

¹¹ Ebenda, S. 25

¹² Ebenda, S. 26

¹³ Ebenda, S. 28 ff.

¹⁴ Sabine Mecking: Bürgerwille und Gebietsreform. Demokratieentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965 - 2000 (München 2012), S. 158

¹⁵ Ebenda, S. 160 f.

¹⁶ Ebenda, S. 172 und Benfer, a. a. O., S. 48 f.

¹⁷ Kramer, a. a. O., S. 237 f.

¹⁸ Benfer, a. a. O., S. 54

¹⁹ Ebenda, S. 55 ff.

²⁰ Ebenda, S. 51

²¹ Mecking, a. a. O., S. 173 f.

²² Siehe die Abbildung in Benfer, a. a. O., S. 51

²³ Jonathan Willing: Jenseits der Aktionen - zu Joseph Beuys' schamanischer Aktionsrhetorik in fotografischen Vollzügen. In: Stiftung Schloss Moyland (Hg.), Joseph Beuys und die Schamanen (Bedburg-Hau 2021), S. 97 ff.

²⁴ Ebenda, S. 98

²⁵ Birgit Lahann: Hausbesuche. Zu Gast bei Künstlern, Stars und Literaten (Stuttgart 1985), S. 267, zitiert bei Willing, a. a. O., S. 9

²⁶ David Torcasso: Joseph Beuys (geb. 1921 Krefeld; gest. 1986 Düsseldorf). In: Neue Züricher Zeitung vom 30. November 2012

²⁷ Siehe die Abbildung in Benfer, a. a. O., S. 51

²⁸ Dieses Foto von Alfred Winter wird in der Ausstellung „Die Unsichtbare Skulptur. Der Erweiterte Kunstbegriff nach Joseph Beuys“ (10.05. - 26.09.2021) auf Zeche Zollverein in Essen gezeigt. Rudolf Wantoch hat das Foto für die Ausstellung vergrößert und zur Verfügung gestellt. Siehe: Grütter, a. a. O., S. 109

²⁹ Matthias Weiß: Viel Silber, wenig Gold. Zum „permanenten“ Sprechen von Joseph Beuys. In: Nationalgalerie, Staatliche Museen zu Berlin (Hg.), Von der Sprache aus. Joseph Beuys zum 100. Geburtstag (Bonn 2021), S. 154

³⁰ Nina Schallenberg: Von der plastischen Kraft

der Sprache und ihren Grenzen. In: Von der Sprache aus, a. a. O., S. 8

³¹ Gabriele Knapstein: Vorwort. In: Von der Sprache aus, a. a. O., S. 4

³² Joseph Beuys: Reden über das eigene Land: Deutschland. In: Von der Sprache aus, a. a. O., S. 20

³³ Barbara Strieder: Joseph Beuys und die Figur des Schamanen. Geschichte, Werke, Deutun-

gen und Aspekte seines Rollenverständnisses. In: Stiftung Schloss Moyland, a. a. O., S. 20

³⁴ Joseph Beuys, a. a. O., S. 2

³⁵ Ebenda, S. 23

³⁶ Ebenda, S. 25

³⁷ Benfer, a. a. O., S. 53

³⁸ Benfer, a. a. O., S. 85 f. und Mecking, a. a. O., S. 197

Ankündigungen

Termine

- Voraussichtlich wird wieder unser **KAFFEETRINKEN** auf Helps Hof am Sonntag, 19. Juni 2022 von 14.30 - 16.30 Uhr, stattfinden.

Weiteres entnehmen Sie jedoch bitte der Tagespresse.



* * *

- Teilnahme am **STADTFEST** in Wattenscheid am Samstag, 11. Juni 2022 (gemeinsam mit der SG09)

Beitrittserklärung – Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid e. V.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt ab _____ zum Heimat und Bürgerverein Wattenscheid e. V. Im Rahmen meiner Mitgliedschaft erhalte ich die Vereinszeitschrift „Der Wattenscheider“.

Der Mitgliedsbeitrag wird von der Mitgliederversammlung festgelegt.

Er beträgt ab dem 18. März 2015 jährlich:

- für natürliche Personen: 15,00 Euro
- für juristische Personen: 25,00 Euro

Der Betrag soll von dem untenstehenden Konto abgebucht werden.

Mit der Nutzung meiner Daten zu Vereinszwecken bin ich einverstanden.

Die Kontodaten des HBV lauten:

Sparkasse Bochum · IBAN: DE 53 4305 0001 0000 951582 · SWIFT-BIC: WELADED1BOC

Name, Vorname: _____

geboren am: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

Telefon (privat, dienstl.): _____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid e. V. widerruflich, den Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____ Euro und eine Zuwendung in Höhe von _____ Euro einmal jährlich vom nachstehend genannten Konto abzubuchen.

Kontoinhaber: _____

IBAN: _____ BIC: _____

Geldinstitut: _____

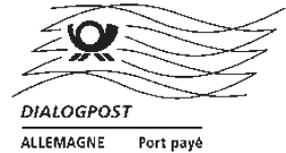
Ort, Datum, Unterschrift: _____

Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid e. V. · An der Papenburg 30 a · 44866 Wattenscheid

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift bitten wir Sie, uns eine Anschriftenberechtigungskarte zuzusenden an:

Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid e. V.

An der Papenburg 30 a
44866 Bochum-Wattenscheid



HBV-Markt

Der Heimat- und Bürgerverein bietet seinen Mitgliedern und Interessierten aus der Reihe der Beiträge zur Wattenscheider Geschichte folgende Veröffentlichungen sowie Fahnen, Aufkleber und Anstecker an:

Heinz-Jürgen Brand:	Kirche und Krankenhaus – Zur Geschichte der „leibhaftigen“ – Liebe im Christentum zu den Armen und Kranken2,50 Euro
Peter Zimmermann:	Wattenscheid in der Notgeldzeit1,50 Euro
Rudolf Wantoch:	Die Wattenscheider Postgeschichte1,50 Euro
Peter Zimmermann:	Wattenscheider Hausinschriften mit Zeichnungen von Helmut Laaser1,50 Euro
Franz-Werner Bröker:	300 Jahre Kanzelaltar in der evangelischen Kirche am Alten Markt – Ein Beitrag zur evangelischen Kirchengeschichte Wattenscheids 5,00 Euro
HBV (Hrsg.):	Wattenscheider Geschichte(n)15,00 Euro
HBV (Hrsg.):	Wattenscheider Geschichte(n) im Spiegel historischer Zeitungsartikel15,00 Euro
HBV (Hrsg.):	Anstecker „Siegel der Stadt Wattenscheid“4,00 Euro
HBV (Hrsg.):	WAT-Aufkleber (groß)1,00 Euro
HBV (Hrsg.):	Wattenscheider Wimpel (15 x 25 cm)8,00 Euro
HBV (Hrsg.):	Wattenscheider Fahne mit Stadtpatronin „Sankt Gertrud“ (60 x 120 cm)25,00 Euro
Kupitz, Wilmes, Gerz, Weinhold:	Glocken der Wattenscheider Kirchen und Kapellen9,00 Euro
Jost Benfer:	Der Kampf der Wattenscheider gegen die Eingemeindung 1972 bis 197412,00 Euro
Jost Benfer:	Rückgemeindung – Sechs Städte begehren auf12,00 Euro
Jost Benfer:	Kohlrübe statt Kartoffel. Erster Weltkrieg 1914 bis 1918 – Ernährung und Versorgung in Wattenscheid 10,00 Euro
HBV (Hrsg.):	Festschrift „Wattenscheid 600 Jahre Freiheit“ 5,00 Euro
Jost Benfer:	„Wattenscheid – vom Dorf zur kreisfreien Mittelstadt“ vergriffen